

## Aussagen des Bundeskanzlers zu Taurus im Rahmen der dpa-Chefredakteurskonferenz am 26. Februar 2024

[...]

GÖSMANN: Die EU hat ja in der vergangenen Woche Sanktionen beschlossen, die USA auch. Vermögen wird eingefroren. Die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas hat sogar gefordert, dass man dieses Vermögen benutzen soll, um damit die Ukraine noch stärker zu unterstützen. Ist das eine Überlegung, die auch für Sie eine Rolle spielt?

BK SCHOLZ: Wir haben sehr viele Sanktionen verhängt und werden das auch weiter tun. Das ist etwas, was in der EU sehr großer Konsens ist, auch unter den G7-Staaten, die sich ja am Sonnabend bewusst anlässlich des Datums des seit zwei Jahren andauernden Krieges zusammengefunden hatten, um die Lage zu beraten. Dazu zählt insbesondere, dass wir auch diejenigen mit Sanktionen belegen, die zu den Unterstützern des Regimes gehören.

Was wir machen, wird sich alles strikt nach den rechtsstaatlichen und völkerrechtlichen Kriterien richten, die wir gemeinsam zu beachten haben, und deshalb ist für uns jetzt klar, dass natürlich Russland für das verantwortlich bleibt, was es an Schäden ausgelöst hat. Deshalb ist es ja auch so, dass wir die Wiederaufbaukonferenz jetzt hier veranstalten werden. Deshalb habe ich als G7-Präsident zusammen mit der Präsidentin der Europäischen Kommission eine eigene weitere Initiative gegründet, die sich insbesondere mit der Frage beschäftigt, wie wir über viele Jahrzehnte nach dem hoffentlichen Ende des Krieges den Wiederaufbau aus der internationalen Gemeinschaft begleiten können, und dazu gehört natürlich immer auch die Verantwortlichkeit derjenigen, die diesen Krieg verursacht haben.

GÖSMANN: Das heißt also, eingefrorenes Vermögen könnte man dort nutzen.

BK SCHOLZ: Ich glaube, dass die Debatte darüber, was wir jetzt konkret mit diesen Dingen machen, viel zu früh und auch viel zu schnell plakativ geführt wird. Es geht darum, dass wir klar sagen: Es gibt eine Verantwortlichkeit. Vor der kann sich keiner drücken.

FISCHER: Viele sagen ja, die beste Reaktion auf den Tod Nawalnys wäre noch stärkere Unterstützung der Ukraine. Deutschland tut schon sehr viel; das sagen Sie auch immer wieder. Es gibt aber noch ein Waffensystem, das die Ukraine sich sehr wünscht, um auch Stellungen weit hinter der Front angreifen zu können, dessen Namen Sie aber, soweit ich mich erinnern kann, noch nie in den Mund genommen haben. Nun hat gestern Ihr Fraktionschef quasi angekündigt, dass Sie der deutschen Öffentlichkeit sehr bald erklären werden, was Sie mit diesem Waffensystem vorhaben oder auch nicht vorhaben und warum.

BK SCHOLZ: Zunächst einmal: Deutschland tut sehr viel. Ich glaube, dass das etwas ist, das wir uns alle vergegenwärtigen müssen. Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine, nicht nur in finanzieller und humanitärer Hinsicht, sondern auch, was Waffen angeht. Wenn die USA es nicht schaffen würden, in diesem Jahr vom Kongress die notwendigen Haushaltsmittel bewilligt zu

bekommen, dann wäre Deutschland auch in der absoluten Größenordnung in diesem und in dem nächsten Jahr wahrscheinlich das Land, das am allermeisten tun würde.

Das zeigt ja, wie notwendig es ist, dass jetzt andere aufschließen, wie notwendig und unverzichtbar es ist, dass die USA im Kongress einen Beschluss zur finanziellen Unterstützung fassen, wie notwendig es ist, dass jetzt mehrere und viele weitere europäische Länder ihre Unterstützung erhöhen. Das, was dort zunächst für dieses und das nächste Jahr geplant war, war dramatisch wenig. Ich bin sehr froh, dass Frankreich jetzt in seiner Sicherheitsvereinbarung drei Milliarden zugesagt hat, dass Italien Zusagen macht, dass Großbritannien 2,5 Milliarden zugesagt hat, dass Kanada entsprechende Zusagen gemacht hat und dass es jetzt Stück für Stück so weitergeht. Wenn man sich anschaut, was die USA im letzten und vorletzten Jahr an Unterstützung in militärischer Hinsicht gewährleistet haben, dann ging es um Summen von etwa 20 Milliarden Dollar, und das muss dann natürlich entsprechend zum Beispiel auch von den europäischen Ländern gewährleistet sein.

Da sind wir mit unseren mehr als sieben Milliarden in diesem Jahr, mit den Verpflichtungsermächtigungen von sechs Milliarden für die kommenden Jahre und mit den insgesamt 28 Milliarden ganz, ganz weit vorne, und das - das muss man ja immer mit den Worten von Helmut Schmidt sagen - als Mittelmacht! Es wäre, glaube ich, für die Ukraine eine schlechte Botschaft, wenn es so ausginge, dass wir der größte Unterstützer wären und nicht die USA noch nachziehen und viele andere jetzt zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen würden. Deshalb ist das eine gute Entwicklung.

Zweitens. Wir haben von Anfang an auch das sehr stark möglich gemacht, was wirklich wichtig ist, nämlich auch weitreichende Waffen. Daran will ich noch einmal erinnern. Es waren Deutschland, Großbritannien und die USA, die zuallererst mit dem in Deutschland MARS genannten System weitreichende Raketenwerfer installiert und geliefert haben, auch die entsprechende Munition. Das, was der Ukraine gegenwärtig vor allem und zuallererst fehlt, ist Munition, Munition und Munition, auch verschiedenster Reichweiten, auch größerer Reichweiten, als sie gegenwärtig in erheblichem Umfang verfügbar sind. Deshalb haben wir eine riesige Anstrengung unternommen, um unsere Lieferung in diesem Bereich zu erweitern. Das haben wir gemacht, indem wir jetzt eine Munitionsfabrik auf den Weg gebracht haben, Verträge abgeschlossen haben, indem wir dafür werben, auch international zu beschaffen, weil es ja wichtig ist, dass jetzt etwas geliefert wird, indem wir dafür sind, dass die Bestände noch einmal angeschaut werden, auch, damit weitreichendere Munition von allen Beteiligten geliefert werden kann. Da sind wir, was Europa insgesamt und die Weltgemeinschaft insgesamt betrifft, noch nicht bei der Größenordnung, die dringend erforderlich wäre. Denn viele Berichte, die Sie jetzt sehen, hören, selber erstellen, sagen, es fehle vor allem an diesen verschiedenen Formen der Munition, und die werden wir liefern müssen.

Es gibt dann natürlich auch einen Grundsatz, den ich von Anfang an gesagt habe und der gar nicht oft genug unterstrichen, wiederholt und klargestellt werden kann: Wir werden verhindern, dass es zu einer Eskalation des Krieges, den Russland gegen die Ukraine begonnen hat, und zu einem Krieg zwischen Russland und der NATO kommt. Es ist ganz klar, dass es keine deutschen Soldaten auf ukrainischem Grund geben wird. Dafür stehe ich auch, dass das so ist, dass es keine Verwicklung unseres Landes und der militärischen Strukturen unseres Landes in diesen Krieg gibt. Das ist eine

Verantwortung, die die Regierung, die der Kanzler, die wir vor den Bürgern und Bürgern haben, und dieser Verantwortung werden wir uns auch mit größter Klarheit für die Zukunft weiter stellen.

Ich will das deshalb sagen, weil die Tatsache, dass das immer klar war, die Tatsache, dass es klar ist und klar sein wird, die Grundlage dafür ist, dass es trotz der großen Herausforderung, die es auch in unserem Land mit sich bringt, dass dieser Krieg stattfindet, und trotz der Tatsache, dass sich viele natürlich Sorgen wegen der weiteren Entwicklung dieses Krieges machen, eine große Unterstützung gibt.

FISCHER: Aber das ist jetzt der Grund, warum Sie Nein zu Taurus sagen, also dass Sie befürchten, dass es eine Eskalation gibt und dass Deutschland in diesen Krieg hineingezogen wird?

BK SCHOLZ: Das ist eine sehr weitreichende Waffe, und das, was an Zielsteuerung und Begleitung der Zielsteuerung vonseiten der Briten und Franzosen gemacht wird, kann in Deutschland nicht gemacht werden. Das weiß auch jeder, der sich mit diesem System auseinandergesetzt hat, und deshalb bin ich immer wieder verwundert, dass die Frage erneut gestellt wird. Das wäre aus meiner Sicht etwas, das nicht zu verantworten wäre, wenn wir uns auf gleiche Weise an der Zielsteuerung beteiligen würden.

FISCHER: Also das heißt, dass Sie sagen, für die Zielsteuerung müssten Soldaten in die Ukraine geschickt werden, deutsche Soldaten. Das wollen Sie nicht. Das kommt für Sie nicht infrage.

BK SCHOLZ: Deutsche Soldaten dürfen an keiner Stelle und an keinem Ort mit den Zielen, die dieses System erreicht, verknüpft sein.

FISCHER: Also auch nicht in Deutschland.

BK SCHOLZ: Auch nicht in Deutschland.

FISCHER: Das heißt, das käme nicht infrage. Deswegen kommt es für Sie grundsätzlich nicht infrage, Taurus in die Ukraine zu liefern? Ist das ein klares Nein?

BK SCHOLZ: Ich habe sehr klar gesagt, warum es Gründe gibt, warum die Regierung des Landes, das am meisten in Europa tut, um die Ukraine zu unterstützen, sagt, dass das das ist, was jetzt für uns nicht als Nächstes als Handlungsoption auf der Tagesordnung steht, und dabei auch klar ist. Ich sage noch einmal: Diese Klarheit ist auch erforderlich. Ich wundere mich, dass es einige gar nicht bewegt, dass sie nicht einmal darüber nachdenken, ob es gewissermaßen zu einer Kriegsbeteiligung kommen kann durch das, was wir tun. Ich bin sehr irritiert über die fehlende Balance zwischen dem, was jetzt wirklich erforderlich ist, und der Debatte über dieses eine System. Was der Ukraine fehlt, ist Munition für alle möglichen Distanzen, aber nicht in entscheidender Weise diese Sache aus Deutschland.

FISCHER: Aber, noch als letzte Frage, dass die Ukrainer dieses Waffensystem selbst programmieren, kommt für Sie auch nicht infrage? Es geht nicht ohne deutsche Soldaten?

BK SCHOLZ: Ich will noch einmal wiederholen: Das, was andere Länder machen, die andere Traditionen und andere Verfassungsinstitutionen haben, ist etwas, das wir jedenfalls in gleicher Weise nicht tun können.

GÖSMANN: Haben Sie das so deutlich eigentlich auch einmal innerhalb Ihrer Koalition erklärt, weil es gibt ja immer wieder Forderungen gibt? Am Sonntag oder am Samstag bei den Pro-Ukraine-Demonstration in Berlin lautete der Ruf „Taurus jetzt“. Da waren zum Beispiel auch grüne Politikerinnen und grüne Politiker dabei. Fehlt diese Klarheit innerhalb der Koalition, oder machen die das, um Sie unter Druck zu setzen, oder soll das suggerieren, dass das so eine Art ähnliche politische Debatte ist wie bei den Leopard-Panzern, also dass man lange zögert und dann doch irgendwann umfällt?

BK SCHOLZ: Ich bin fest davon überzeugt, dass der Sprech, es würde gezögert, ein Teil des Problems in Deutschland ist. Ganz viele Menschen schauen abends Fernsehen und hoffen, dass der Kanzler die Nerven behält, weil es da ja nur Leute gibt, die sagen: Was können Sie sich als Nächstes noch ausdenken, was man möglichst an zusätzlichen Lieferungen etablieren kann? Es gibt ja gar keine Debatte über eine auch gegenteilige Meinung. Das ist ein Problem, weil die Unterstützung nur gewährleistet bleiben kann, wenn wir in unseren Grundsätzen klar sind. Dazu gehört: Keine deutschen Soldaten auf ukrainischem Grund und keine Beteiligung deutscher Soldaten. Dazu gehört ausdrücklich die Tatsache, dass wir eine Eskalation zu einem Krieg zwischen der NATO und Russland verhindern und deshalb trotzdem und gerade deswegen die größten Unterstützer der Ukraine sind. Ich finde, es würde der deutschen Debatte etwas - also ganz schön - helfen, wenn die Tatsache, dass ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger eher skeptisch ist, ob wir nicht zu viel machen, irgendwie einmal ein Gegenstand einer Debatte wäre, weil der Kanzler dann nämlich endlich in die ihm gemäße Rolle kommen würde, nämlich zu begründen, warum es richtig ist, dass wir so viel tun. Ich glaube, dass es das wäre, was wir auch bräuchten, damit wir, wenn der Krieg noch lange dauert, die Unterstützung aufrechterhalten können. Das will ich mal sagen. Wer glaubt denn sicher vorherzusagen zu können, dass es in diesem Jahr, im nächsten Jahr oder übernächsten Jahr zu Ende ist? Wir müssen ja lange durchhalten. Das geht in der Demokratie und in einem Land, das sich der Freiheit verpflichtet fühlt, immer nur, wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger auch überzeugt ist, dass das richtig ist. Dafür, glaube ich, haben wir sehr viel getan, und das geschieht in der Art und Weise, in der wir in so großem Umfang Unterstützung leisten, übrigens ja auch, indem wir die Frage, wie wir Produktionskapazitäten ausweiten können, immer mitdiskutieren.

Lassen Sie mich das noch einmal sagen: Wir lernen ja unglaublich viel über die Fehlentscheidung von CDU-Verteidigungsministern und den unglaublichen Kahlschlag, den der damalige Finanzminister der CDU und auch die anderen Verantwortlichen auf den Weg gebracht haben, als sie die Bundeswehr zusammengekürzt hatten, und dann zum Beispiel auch entschieden haben: Es gibt keine Bestellung von Ersatzteilen! Wenn wir angegriffen werden, müssen wir alles laufend produzieren können. Das ist das, was wir als Verteidigungswirtschaft in Deutschland und Europa brauchen und davon sind wir jahrelang weit entfernt gewesen. Das etablieren wir jetzt.

[...]